Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 26	18. Oktober 1920	Jahrg. II

1. Frankfurt und Weimar.

Der alldeutsche Verbandstag und die Delegiertentagung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.

Vom 24. bis 26. September fand in Frankfurt die 30. Tagung des Alldeutschen Verbandes und vom 1. bis 3. Oktober die 1. Tagung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Weimar statt. Beide Tagungen geben das getreue Spiegelbild der gewaltigen antisemitischen Bewegung Deutschlands, beide Tagungen zeigen, mit welch gewaltigen Mitteln und mit welch unbegrenztem Fanatismus unsere Gegner auf ihre Ziele losgehen. „Die jüdische Frage und ihre klare Lösung ist die Lebensfrage des deutschen Volkes!" ruft der Hauptgeschäftsführer des alldeutschen Verbandes, Freiherr von Vietinghoff-Scheel, in Frankfurt aus. Folgerichtig müßte die Bekämpfung der Judengegner für jeden deutschen Juden eine Lebensfrage sein. Mögen die folgenden Berichte den leider noch allzuvielen Gleichgültigen unter den deutschen Juden die Augen öffnen, in welcher Gefahr sie sich befinden und welch größeren Gefahren sie entgegengehen.

Der umfassende Bericht über den Alldeutschen Verbandstag ist enthalten in der Nummer 27 der Alldeutschen Blätter vom 20. Oktober (Geschäftsstelle Berlin W 10, Lützowufer 5a II) und wird von der Zentrale gegen Kostenerstattung geliefert.

Ueber den Deutschen Tag steht gleichfalls ein umfassender Bericht zur Verfügung, der von der Zentrale entliehen werden kann und nach evtl. Abschriftnahme umgehend zurückzugeben ist.

30. Tagung des Alldeutschen Verbandes in Frankfurt a. M.

Am 25. September hielt der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes seine Tagung ab. Von den Führern der alldeutschen Bewegung waren erschienen: Justizrat Class, Berlin; General der Kavallerie Freiherr von Gebsattel, Bamberg; Senatspräsident Dr. Thomsen, Lübeck; Generalleutnant von Liebert, Freiburg; Verlagsbuchhändler Lehmann, München; Generalleutnant Keim, Jugenheim; Justizrat Dr. Pezoldt, Plauen; Professor Calmbach, Stuttgart; Generalleutnant Mootz, Darmstadt; Oberfinanzrat Dr. Bang, Berlin. Aus Oesterreich waren anwesend: Universitätsprofessor Dr. Hertle, Graz; Pogatschnigg, Wien; Dr. Straffner, Innsbruck, sowie zahlreiche Vertreter des Deutschtums aus Ungarn und den Randstaaten, sowie aus den Vereinigten Staaten. Den Vorsitz führte Justizrat Class.

Am Sonntag, den 26. September folgte sodann der eigentliche Verbandstag des Alldeutschen Verbandes. Zuerst sprach Justizrat Class. Er erklärte: Unter der Bezeichnung „Völkische Bewegung" verstehen wir jene Bestrebungen, die das schwache Volksgefühl der Deutschen verstärken und vertiefen, die den deutschen Staat wirklich deutsch machen und nur in den Dienst des deutschen Volkswohles stellen wollen; sie wollen das öffentliche und staatliche Leben von gemeinschädlichen und fremden Einflüssen befreien, alle Einrichtungen von der Schule bis zur obersten Staatsleistung mit dem Geiste des deutschen Volkes durchdringen — kurz, sie wollen, daß das Vaterland wahrhaft deutsch werde. Es ist ein Widersinn, daß ein Volk von so einzigartig staatsbildender Kraft wie das deutsche, seinen weltbürgerlichen Neigungen verfiel und sich mehr und mehr der Führung des volksfremden Judentums überließ. Gerade diese Tatsache gab den Anstoß zu den ersten Regungen der

Unterstützt den Philo Verlag und die Buchhandlung!

völkischen Bewegung unserer Zeit. Paul de Lagarde, Heinrich von Treitschke und Stöcker waren die Rufer im Streit. Karl Peters wollte durch seinen „Allgemeinen deutschen Verband" seine Landsleute zu ähnlichem Volksstolze erziehen, wie ihn die Engländer besitzen. Die Not der Deutschen nach Bismarcks Entlassung zeitigte die Bildung eines Vereins nach dem andern. Je länger die Führung von oben, insbesondere gegenüber der Judengefahr versagte, umsomehr mußten verantwortungsbewußte Männer darauf bedacht sein, hier vom Volke aus zu Abwehr und Angriff überzugehen, und es entstanden neben der antisemitischen Partei Kampfvereine, die vor und außerhalb der Oeffentlichkeit ihre Pflicht erfüllten. Als der letztgegründete wird der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund genannt, mit dem ältere, bewährtere Verbände vereinigt wurden.

Nun ist das Eigenartige anzumerken: Entsprechend seiner Gründungsgeschichte hatte der Alldeutsche Verband sich als Körperschaft vom Kampfe gegen das Judentum ferngehalten. Er blieb bei der Ansicht, daß man diesen der deutschsozialen Partei oder besonderen Verbänden zu überlassen habe und daß die angestrebte Stärkung des völkischen Gefühls selbsttätig den jüdischen Einfluß zurückdrängen werde. Trotz dieser vom Alldeutschen Verband geübten Zurückhaltung richtete sich der besondere Haß der Wortführer des Judentums wie „Frankfurter Zeitung" und „Berliner Tageblatt" gegen ihn. Die Feindschaft gegen das Judentum erhielt reichste Nahrung durch die schwersten Sünden, die dieses politisch und wirtschaftlich gegen das um sein Dasein ringende deutsche Volk beging. Alles, was jüdisch bestimmt und mißleitet war, schien nur einen Feind zu haben: das Alldeutschtum, und alldeutsch war, wer nicht den Untergang des Vaterlandes wollte. Das unter der Duldung der Krone geschlossene widernatürliche Bündnis zwischen der Reichsregierung und den Internationalen tat seine Wirkung. Furchtbar hart traf dies Schicksal die Völkischen. Die Tatsachen der Kriegsjahre führten dazu, daß der Alldeutsche Verband die bis dahin geübte Zurückhaltung in der Judenfrage aufgab und sich satzungsgemäß zum Kampfe gegen das Judentum bekannte. Diese Bewegung gegen den inneren Feind ist zur treibenden Kraft der völkischen Bewegung geworden. Die Rettung unseres Volkes ist die Aufgabe der völkischen Bewegung. Der Kampf gegen das Judentum, so zwingend notwendig er ist, erschöpft nicht, was von Aufgaben vor uns liegt, er ist nur die eine Seite, die aufräumende, säubernde, wegbahnende. Der gute Geist des deutschen Volkes soll sich in der völkischen Bewegung herrlich entfalten und das beste retten: unser armes, liebes deutsches Volk.

Hiernach erhielt Oberschulrat Bang, Dresden das Wort zu seinem Bericht über die „Völkische Schule als Voraussetzung deutscher Wiedergeburt". Herauszugreifen ist die Erklärung, daß die nationale Einheitsschule unnational und unvölkisch, wahrscheinlich sogar international wirken wird und daß der Umgestaltung der Schule im Sinne der Arbeitsschule nachdrücklichst entgegengetreten werden müsse.

Wichtig war der Vortrag des Hauptgeschäftsführers Freiherrn von Vietinghoff-Scheel, Berlin über „Die Bedeutung der Rasse für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes". Jede wahre Kultur setzt rein erhaltenes Rassetum voraus, der Völkerbrei ist notwendig kulturlos. Somit ergibt sich für unser Volk die ernste Pflicht, sein Volkstum rein zu bewahren. Für die praktische Politik des Tages erhebt sich daraus die klare Forderung, jede weitere Vermischung unseres Volkes mit jüdischem Blut und jüdischem Geist zu unterbinden. **Die zionistische Bewegung ist zu unterstützen, eine Stellung der Juden unter Fremdenrechte im Grundsatz anzustreben.** (siehe auch „Deutschvölkische Bewegung und Zionismus" unter „Kleine Mitteilungen", die Red.). Wir müssen alle verlorenen deutschen Außenposten an uns heranziehen und die engste Verbindung aller Deutschblütigen der ganzen Erde anstreben. Hierzu wird am besten eine Vereinigung zu begründen sein als eine Fortsetzung der Gobineau-Gesellschaft, um den Namen des bahnbrechenden normannischen Grafen und seines treuen deutschen Wegebereiters Ludwig Schemann in alle Zukunft zu tragen und die Lehre des Rassegedankens zu einem fruchtbaren Keim für das Wiedererstehen unseres deutschen Volkes werden zu lassen.

Derselbe Redner sprach zuletzt über „Führergedanken und Erhebung". Er schloß: „Wer der Führer sein wird, weiß niemand. Aber von welcher Art er sein wird, läßt sich sicher sagen: von alldeutscher Art."

Am Montag, den 27. September fand ebenfalls in Frankfurt a. M. die Gründungsversammlung der neuen „Gobineau-Vereinigung" statt.

Der Deutsche Tag in Weimar.

Ueber den deutschen Tag ist folgendes zu berichten: Zunächst sprach der bekannte Studienrat Prof. Dr. Werner-Butzbach (früher Gießen) über den

„deutschvölkischen Gedanken und die politischen Parteien".

Der deutschvölkische Gedanke ist etwas anderes als der Antisemitismus von gestern. Er geht aus von der Verneinung des Judentums. Keine der jetzigen politischen Parteien kann Führer zur deutschen Zukunft sein. Das kann allein der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund. Dieser will eine umfassende Erneuerung des deutschen Volkes auf gesetzlichem Wege. Alles, was der Bewegung angedichtet wird, gehört in das Reich der Fabel. Dieser Kampf wird geführt mit allen erlaubten Mitteln, mit der Waffe der Wissenschaft und Reinheit. Dem Judentum ist es leider gelungen, deutsche Irregeleitete in seinen Dienst zu stellen. Es wird aber die Zeit kommen, wo ihm das nicht mehr gelingen wird. Eine gesetzliche Lösung der Judenfrage zu betreiben, muß versucht werden, und dieser Aufgabe kommt man näher, sobald in allen politischen Parteien der deutschvölkische Geist zum Durchbruch kommt. Augenblicklich gibt es nur eine Reihe von Machthabern, die das deutsche Volk systematisch im Interesse des jüdischen Wucherkapitals verraten haben. Wer politisch Bescheid weiß, kennt diejenigen Juden genau, die sich in die verschiedenen Parteien hineingeschlichen haben. Der völkische Gedanke, Bekämpfung der internationalen jüdischen Verseuchung, ist in der Erneuerung begriffen. Die ständige Vermehrung der Mitgliederzahl, das gewaltige Voranschreiten der völkischen Bewegung können den Bund bald vor zunächst nur geahnte Aufgaben stellen, die darin bestehen dürften, **die notwendige Weltliga zur Lösung der**

Judenfrage mitzuschaffen und an Stelle morscher feiger Parteigebilde, ein Neues, die deutsche Zukunft Bauendes zu sehen.

Ueber

„Deutsches Schrifttum"

sprach Professor Adolf Bartels-Weimar. Zunächst beklagte er die Existenz Lessings „Nathan der Weise" und seine Behauptung, das Christentum sei auf dem Judentum aufgebaut. Kein Deutschvölkischer lasse sich aber deshalb von den Juden bekämpfen, und er behaupte doch, Christus war ein Arier. Alle unsere großen Dichter waren gegen das Judentum. Der Jude aber schreibt niemals die Wahrheit, sondern macht immer Komödie, und zwar durch das sog. Feuilleton, welches in dem 1848 gegründeten „Berliner Tageblatt" zuerst erschien. Jetzt sind $^3/_4$ der Dichtenden Juden. Die Juden haben sich fast aller Organe des Kulturlebens, der Presse, der Theater, des Konzertwesens, des Kunsthandels, z. Zt. auch schon der Universitäten und sonstigen Lehranstalten bemächtigt. Deshalb müßten in der deutschen Presse alle Juden als solche kenntlich gemacht werden.

Amtsgerichtsrat Wagemann-Bochum sprach über

„Deutsches Recht".

Bei uns herrscht jetzt orientalische Auffassung, die mit germanischer unvereinbar ist. Orientalischer Geist sieht im Menschen ein willenloses Geschöpf einer außerirdisch wirkenden Macht, das kein Recht besitzt, sondern auf Gnade angewiesen ist, die es sich durch Gehorsam zu verdienen hat. Germanischer Geist aber erkannte, daß den Lebewesen nichts anderes gegeben ist als Vernunft, die als schwacher Punkt entstand und nach und nach erst erstarkte. So gelangte er durch die Verbindung von Selbstachtung und Achtung der Selbstbestimmung der Genossen zum Recht. Das deutsche Recht ist keine Gabe, es ist ein Verlangen.

Theodor Fritsch-Leipzig sprach über „Das Zeitungswesen in Deutschland".

Durch geschickte Handhabung des Zeitungswesens läßt sich ein Volk beliebig lenken. Eine Gesundung des deutschen Volkes kann es nicht geben, solange weitverbreitete Presseorgane in Händen unsittlicher und deutschfeindlicher Elemente sind. Die öffentliche Presse völlig von fremdem Geist, insbesondere von dem Juden als seinem Träger zu säubern, bleibt ein unerläßliches Ziel. Oft schon sei die Frage aufgeworfen worden, weshalb man nicht ein großes nationales Blatt schaffe mit so gewaltiger Ausdehnung, daß es die gesamte Judenpresse zu Boden schlägt. Schwierigkeiten bestehen demgegenüber durch Mangel an Inseraten und durch die Bedeutung des Auslandsdienstes. Und diesen haben die Judenblätter großartig organisiert, was wir nicht machen können. Alle einflußreichen Posten im Auslande sind von Juden besetzt. Der Jude als geborener Kundschafter sitzt überall und weiß zu berichten, was gekommen ist und was kommen wird. Und die Telegraphenlinien waren schon lange in den Händen der Engländer und Juden. Es sind also schwerwiegende Gründe, die es verhindern, ein deutschnationales Blatt zu schaffen, das den jüdischen Blättern den Rang abläuft. Dann verbreitete der Redner sich über den Fehler der Bürgerlichen, die Fühlung mit den Arbeitern nicht rechtzeitig aufgenommen zu haben; deshalb sind diese in die Hände der Juden geraten. Er schließt mit den hochtönenden Worten, er kenne ein Mittel für die deutsche Regierung, welches diese in die Lage setze, die gesamte Presse in ihren Dienst zu stellen, doch wolle er vorläufig das Rezept noch nicht verraten, sondern warten, bis die geeignete Regierung da ist.

Als Mitberichterstatter sprach Prof. Krüger-Düsseldorf. Es gibt zwei Mächte, die gegeneinander gerichtet sind, und das sind der arische und der jüdische Gedanke. Die Grundlage des jüdischen Gedankens war seine wirtschaftliche Macht, die Geldherrschaft. Der Deutsche konnte nur durch die Presse vernichtet werden. Die jüdische Presse in Deutschland hat das Nationalgefühl heruntergedrückt. Es muß eine Bewegung einsetzen, die auch die andern Völker mit einbegreift. Jeder merke mehr und mehr, daß der hinter uns liegende Krieg kein deutscher, sondern ein Judenkrieg war. **Es gibt nur einen Feind in Europa, das ist die Rasse, gegen die Deutschland den Krieg verloren hat.**

Schließlich sprach Landrat a. D. von Hertzberg über

„Selbsthilfe im Dienste der deutschvölkischen Bewegung".

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund erstrebe die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes. Er mache sich zur Aufgabe, die jüdische Gefahr unter Benutzung aller erlaubten Mittel zu bekämpfen. Das Judentum, der Schürer des Klassenhasses, beherrscht das Kapital des ganzen Wirtschaftslebens. Jeder Deutschvölkische muß dafür sorgen, daß ausschließlich deutsche Betriebe in Anspruch genommen werden. Voraussetzung für das Gelingen ist das Freimachen von jüdischem Händlergeist. Der Jude schafft den Klassenhaß und den Zwiespalt zwischen Stadt und Land, sät den Kampf zwischen dem großen und kleinen Grundbesitz auf Grund eines wohlerwogenen Planes, dessen letztes Glied die Rathenausche Zwangswirtschaft war. Das Judentum übt dadurch einen derartigen Einfluß aus, daß der größte Teil von Handel und Industrie von Juden kontrolliert wird und von ihnen abhängig ist. Vor dem 9. November 1918 hatten wir einen Rechtsstaat. Jetzt sind Reich und Recht zusammengebrochen, über uns deutsche Menschen herrscht jetzt der Jude. Ganz Israel unterstützt sich planmäßig. Jüdische Rechtsanwälte, Aerzte usw. sind zu vermeiden. Jeder nehme sein Geld, das er heute bei jüdischen Banken verstaut hat und bringe es zur deutschen Bank, zur Sparkasse oder zur Genossenschaftsbank. Der jüdische Händler muß aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden, dafür müssen Genossenschaften sorgen. Heute beherrscht das jüdische Kapital $^2/_3$ des gesamten Volksvermögens.

Als letzter der Hauptvortragenden sprach Alfred Roth-Hamburg über

„Die deutschvölkische Bewegung".

Er führt aus, daß diese, wie sie sich jetzt gestaltet hat, deutlich zeigt, welche bewegenden Kräfte vorhanden sind. Wir suchen den deutschen Menschen zu erfassen und zusammenzuführen in sozialen, wie auch in wirtschaftlichen, ethischen und kulturellen Fragen. Jetzt wissen wir, warum Gott die Not und das Elend geschickt hat. Die Not hat uns Deutsche wieder erweckt, sie hat uns wieder Ideale gezeigt, das Ideal der Freiheit, das wir uns täglich wieder erringen müssen. Dann sind wir aber groß.

Zum Schlusse wurde noch eine Resolution gefaßt, die den Weimarer Tag verherrlichte. Alle Teilnehmer wüßten, daß hier regstes deutschvölkisches Leben Ausdruck findet, daß hier der Boden für die dauernde

Einigung von gutem Bürgersinn und trefflicher deutscher Arbeiterschaft gefunden ist. „Fern von allem Klassenhaß und Parteihader stehen jetzt in Weimar deutsche Männer und Frauen zusammen zur Erhaltung und Förderung deutschen Wesens und Glaubens, zur Schaffung einer deutschen Verfassung, zur Wiedereinführung deutschen Rechts, zur Rettung deutscher Kultur und deutschen Schrifttums, zur Erhaltung der deutschen Schule, zur Reinigung des Zeitungswesens, zur Pflege deutscher Kunst, zur Sammlung aller guten Deutschen in christlicher Nächstenliebe."

2. Bismarck und die Juden.

Die deutschvölkisch antisemitischen Kreise nehmen Bismarcks Stellung zum Judentum mit Vorliebe zu ihren Gunsten in Anspruch und nutzen seine Autorität propagandistisch aus. So brachte die „Deutsche Zeitung" am 30. Juni cr., dem Todestag Bismarcks, einen Aufsatz, in dem eine Rede des jungen Bismarck vom 15. Juni 1847 im „vereinigten Landtag" gelegentlich der Judenemanzipation zitiert wird, die sich mit dem christlichen Staat beschäftigt und den Satz enthält: „daß wir aber mit Hilfe der Juden diesem Zweck näher kommen sollten (nämlich der Verwirklichung der christlichen Lehre durch den Staat), kann ich nicht glauben." Dieser Aeußerung, die noch keineswegs ein Beleg für grundsätzlich antisemitische Gesinnung darstellt, stehen andere Bemerkungen Bismarcks entgegen, die seine wirklichen Anschauungen vortrefflich illustrieren. Im übrigen hat Bismarck später in Versailles, wie Moritz Busch berichtet, selber bekannt: „ich habe im vereinigten Landtag doch manche dumme Rede gehört und (nach einer Pause lächelnd) auch gehalten". Tatsächlich hat ja auch Bismarck, nachdem er zur Regierung gelangt war, nichts getan, um die satzungsgemäße Gleichberechtigung wieder umzustoßen, im Gegenteil äußerte er am 30. Januar 1872 im Preußischen Abgeordnetenhaus: „sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke schneiden, an dem jede Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrheit sich durch besondere Fähigkeit und Intelligenz für die Staatsgeschäfte auszeichnet".

So äußerte er (laut Poschinger, Fürst Bismarck, Neue Gespräche und Interviews, S. 113) gelegentlich eines Familiendiners im November 1880: „Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er sich auf konfessioneller oder gar auf der Grundlage der Abstam ung bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutschen...... Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte in irgendeiner Weise verkümmert werden". Stöcker, der Hofprediger und Antisemitenführer, der doch gewiß als Kronzeuge gelten kann, hat im Jahre 1880 an Kaiser Wilhelm I. einen Brief gerichtet, an den Stöckers deutschvölkische Gesinnungsgenossen von heute vielleicht nicht gern erinnert werden möchten, denn es heißt darin: „Offengestanden ist es mir immer unerklärlich geblieben, daß der Fürst den Kampf gegen jüdische Uebermacht an der Börse und im Handel, wie in der Presse und im öffentlichen Leben nicht willkommen hieß...... Der Fürst griff im Parlament nacheinander so ziemlich alle Richtungen an, Fortschritt und Sozialdemokratie immer, Zentrum und Polentum häufig, auch Konservative und Nationalliberale, wenn sie seiner Politik im Wege standen. Er schleuderte seine Blitze auf alle Gegner. Judentum und Judenpresse hat er meines Wissens nicht ein einziges Mal öffentlich erwähnt."

In dem Buche „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck von Dr. Hans Blum", München, Albert Lange, 1900, wird mitgeteilt, daß Bismarck am 31. 10. 1892 zu Blum sagte (S. 232): „Beiläufig bemerkt, sollte unser Antisemitismus daraus lernen, daß er keineswegs im Besitze des richtigen „Wanzenmittels" ist, wenn er darauf ausgeht, unsere Juden so schlecht als möglich vom Staate und der Gesetzgebung behandeln zu lassen."

Aus einem Gespräch über die antisemitische Agitation, das ein süddeutscher Politiker in Kissingen mit Bismarck hatte, teilte seinerzeit die „N. Fr. Pr." folgendes mit:

„Als ein Herr der Tafelrunde ein hartes Wort über die Juden fällte, und die Frage streifte, ob es doch nicht zweckmäßig gewesen wäre, wenn der damalige Reichskanzler den ihm in den achtziger Jahren überreichten antisemitischen Resolutionen irgendwie Folge gegeben hätte, äußerte Bismarck, er halte die Beimischung des jüdischen Elements zu dem germanischen für nützlich ... Er halte die Juden für nützliche Mitglieder des heutigen Staates und finde es unklug, sie zu beunruhigen ... Kein Staatsmann habe mehr für ihre Emanzipation getan, wie er . . ." In diesem Zusammenhang sei an die vom Rabbiner Dr. Rippner in Glogau an 31. März 1895 zu Bismarcks Geburtstage gehaltene Rede erinnert, in der er hervorhob, was den Juden während des Ministeriums Bismarck zugute gekommen ist. Als Bismarck preußischer Minister geworden sei, da habe es Orte auf dem deutschen Boden gegeben, in denen kein Jude übernachten durfte und andere Orte, wo ihnen die Niederlassung verboten war. Bismarck habe die Freizügigkeit eingeführt, und erst dadurch seien die deutschen Juden auf deutschem Boden heimisch geworden. Vor Bismarck habe die Gleichberechtigung der Juden in der preußischen Verfassung nur auf dem Papier gestanden; bei Bismarcks Rücktritt habe man eine große Anzahl von Juden öffentliche Aemter bekleiden sehen. Endlich habe im Jahre 1878 der Berliner Kongreß den Grundsatz aufgestellt, daß in den europäischen Staaten die politische Gleichberechtigung aller politischen Rechte anzuerkennen sei.

Am 23. Juli 1892 brachten die konservativen „Hamburger Nachrichten", die von Bismarck inspiriert wurden, einen Artikel über die Ansichten Bismarcks zur Judenfrage, der in Joh. Penzler's Artikel „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung" wiedergegeben ist und in dem es heißt:

„Die Antisemiten heben die dem Gemeinwesen nachteiligen Eigenschaften der Juden scharf hervor, aber Wege zur praktischen Abhilfe zeigen sie nicht." In einem Artikel vom 16. Dezember werden die Antisemiten „Elemente der Zersetzung, einer Zersetzung, die nur der radikalen Linken zugute kommen kann", genannt ... In der antisemitischen „Deutschsozialen Reformpartei" befinden sich viele, namentlich konservative Elemente, die nur in einem Zustand politischer Verwirrung in das Fahrwasser einer Bewegung geraten sind, welche sich in ihren tatsächlichen Wirkungen von der sozialdemokratischen nur zu oft kaum noch unterscheidet". Mit diesen Worten ist über die Stellung des Altreichskanzlers zum Antisemitismus das Urteil gesprochen.

Auch gegen Bismarck ist vor seinem Tode und seiner Ernennung zum besonderen Schutzpatron der Deutschvölkischen oftmals mit dem Vorwurfe der Judenfreundschaft gehetzt worden. Gerade sein freundschaftliches Verhältnis zu einzelnen bedeutsamen Persönlichkeiten ist charakteristisch für seine innere Freiheit von antisemitischen Vorurteilen; es seien nur die Namen Lasker, Bamberger und Simson genannt, und auch Bleichröder, Bismarcks Bankier und Vertrauensmann.

3. Lloyd George, der „Judenknecht".

Nach den Berichten der „Germania" (Morgenausgabe vom 15. August) fand in der zweiten Augustwoche zu Caen in der nordischen Vendée eine „soziale Woche" statt, zu der außer namhaften Vertretern des französischen Katholizismus auch Abordnungen aus England, Irland, Belgien, der Schweiz und Holland erschienen waren. Auf dieser „sozialen Woche", deren vierter Tag der Besprechung „der Pflege der internationalen Beziehungen unter den Katholiken" gewidmet war, äußerte sich der Redakteur der bekannten „Revue des deux mondes", René Pinon, über „den bösen Willen Lloyd Georges. Seine Ratgeber seien von reinstem hebräischen Blut, und sein hochherziger Gastgeber zu Hythe wäre Sir Philipp Samson gewesen, der die antipolnischen Instinkte des englischen Nonkonformisten hätte auszunützen verstanden, um den Bolschewisten den Weg nach Warschau zu öffnen."

Die internationale Taktik der Antisemiten! Bei uns war es Kaiser Wilhelm oder Bethmann-Hollweg und ist es Fehrenbach oder Simons, der je nach Bedarf der Interessenten jüdischen Einflüssen unterstellt ist.

4. Die Einstein-Gegner.

Die „Freiheit" vom 4. 9. 20 (Morgenausgabe) veröffentlichte den nachfolgend abgedruckten Brief, den Paul Weyland, der Regisseur der Einsteinhetze, am 23. Juli an einen hervorragenden Physiker gerichtet hat:

„Sehr geehrter Herr Professor! Nachdem die ernsthafte exakte Wissenschaft nunmehr einhellig zur Ablehnung der Einsteinschen Forschung gelangte, wird geplant, auch der gebildeten Laienwelt gegenüber mit Gegengründen zu kommen, nachdem sie lange genug mit Einsteinschen Ideen bis zum Erbrechen gefüttert ist. Ich frage als Schriftwart der Einstein-Gegner an, ob Sie gewillt sind, sich an den Vorträgen gegen Einstein zu beteiligen, und könnte ich Ihnen unter dieser Voraussetzung nach Erhalt ihrer Zusage mit weiteren Details dienen. Ich erbitte der Eiligkeit halber Drahtantwort. Geschäftlich dürfte bei der Sache ein Gewinn von etwa 10 bis 15 000 Mark für Sie herauskommen. In ausgezeichneter Hochachtung sehr ergebenst Weyland."

Kommentar erübrigt sich!

5. Friedensvertrag und Ostjudenfrage.

Wie unbegründet es ist, wenn uns Juden die Schuld an dem zu zahlreichen Auftreten von Ostjuden und an dem geschäftlichen und sittlichen Verhalten einzelner Elemente unter ihnen zugeschoben wird, kann leicht aus einigen Bestimmungen des Friedensvertrages belegt werden. Es heißt dort in Art. 276:

„Deutschland verpflichtet sich: a) die Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte hinsichtlich der Ausübung von Handwerk, Beruf, Handel und Gewerbe keiner Ausschlußmaßregel zu unterwerfen, die nicht in gleicher Weise und ausnahmslos für alle Ausländer gilt; b) die Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte keinen Vorschriften oder Beschränkungen hinsichtlich der in Absatz a) bezeichneten Rechte zu unterwerfen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Bestimmungen des genannten Absatzes widersprechen oder soweit sie von anderer Art oder ungünstiger sind als diejenigen, die für die der meistbegünstigten Nation angehörigen Ausländer gelten; c) die Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte, deren Eigentum, Rechte oder Interessen, ebenso wie die Gesellschaften oder Vereinigungen, an denen sie beteiligt sind, keinen anderen oder höheren direkten oder indirekten Gebühren, Abgaben oder Steuern zu unterwerfen, als sie den eigenen Angehörigen oder deren Eigentum, Rechten oder Interessen auferlegt sind oder etwa auferlegt werden; d) den Staatsangehörigen irgendeiner der alliierten oder assoziierten Mächte keinerlei Beschränkung aufzuerlegen, die nicht am 1. Juli 1914 auf die Staatsangehörigen dieser Mächte anwendbar war, sofern nicht seinen eigenen Angehörigen dieselbe Beschränkung gleichfalls auferlegt wird."

Diese Bestimmung macht es Deutschland unmöglich, die Ostjuden irgendeiner Sonderbehandlung zu unterwerfen. Die bisher feindlichen Mächte könnten bei jeder über ihre Staatsangehörigen verhängten Ausnahmemaßregel Widerspruch erheben. So wenig sie vielleicht in ihrem Lande geneigt sind, den Juden die volle Gleichberechtigung zuzugestehen, man braucht dabei nur an Rumänien zu denken, so willkommen könnte es ihnen sein, Deutschland etwas am Zeuge zu flicken. Ohne Sonderbestimmungen ist aber der Frage an der Wurzel nicht beizukommen.

Der Vollständigkeit halber sind zu der angeführten Vorschrift des Friedensvertrages zwei Einschränkungen zu machen. Nach Artikel 280 bleibt die Bestimmung des Art. 276 nur 5 Jahre in Kraft. Sie kann aber vom Rat des Völkerbundes weiter für gültig erklärt werden. Die Fassung des Artikels läßt sogar darauf schließen, daß man in erster Linie nicht an den Wegfall der Bestimmung, sondern an ihr weiteres Erhaltenbleiben denkt. Nur ist die Zeit der möglichen weiteren Geltung auf 5 Jahre eingeschränkt. Hierbei ist aber zu bedenken, daß wir in der Gegenwart leben, daß die nächsten Jahre gerade angesichts der antisemitischen Welle für uns die allerwichtigsten sind, und überhaupt ein Zeitraum von 5—10 Jahren nicht als eine Kleinigkeit behandelt werden kann. Die zweite Einschränkung, die man machen muß, ist folgende: Der Friedensvertrag ist nicht mit Rußland geschlossen. Es fallen unter ihn deshalb wohl die aus Galizien, Polen und Rumänien stammenden Juden, die sehr zahlreichen russischen Juden bleiben aber gerade fehlen. Diese tatsächlich zur Zeit bestehende Lücke könnte aber sehr leicht ausgefüllt werden, wie aus einer weiteren, viel zu wenig bekannten Bestimmung des Friedensvertrages hervorgeht. In Art. 116 behalten nämlich die Feinde „ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen." Mit diesem Vorbehalt sind freilich wohl in erster Linie nur die wirtschaftlichen und finanziellen

Bestimmungen des Friedensvertrages gemeint. Es ist aber anzunehmen, daß die Feinde Rußland alle Vorteile vorbehalten wollten, die sie selbst aus dem Vertrage ziehen, und daß dies vielleicht sogar ein Handelsobjekt für die von England niemals aus den Augen gelassene Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland bilden würde. Von den Auslegungskünsten der Entente bei Bestimmungen des Friedensvertrages haben wir aber Proben genug erhalten, um sicher zu sein, daß sie nur alles ihr wünschenswerte aus ihnen herauszulesen verstehen wird.

Rechtsanwalt Dr. Schoeps, Hannover.

6. Jüdische Führer im Ruhrgebiet.

Bekanntlich wird von gegnerischer Seite ständig behauptet, daß jüdische Persönlichkeiten an den letzten Unruhen im Ruhrgebiet beteiligt gewesen sind (siehe Mitt. No. 2, 3 und 14 Jahrg. 1920). Unter ihnen wird auch häufig der unabhängige Stadtverordnete Gustav Hammer in Buer genannt. Dieser ist wegen seiner Beteiligung an den Unruhen am 7. Juni vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Essen zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Hammer ist jedoch kein Jude, niemals Jude gewesen und auch nicht jüdischer Abstammung.

7. Kandidatur Kunze in Schleswig-Holstein.

Nach einer Mitteilung der „Kieler Neuesten Nachrichten" vom 10. September wurde an einem in Kiel stattgefundenen Vortragsabend des Herrn Kunze einstimmig die Entschließung gefaßt, daß bei den kommenden Wahlen Herr Richard Kunze an aussichtsreicher Stelle zum Reichstag kandidieren soll und zwar, falls eine Einigung mit einer anderen Partei nicht zustande kommt, auf eigener Liste. In der gleichen Versammlung wurde die Gründung eines deutschvölkischen Turnvereins in Kiel beschlossen.

8. Juden, Kriegsleistung und Volkszugehörigkeit.

Im seinem Buche „Judenfeindschaft oder Gotteslästerung", ein gerichtliches Gutachten von Prof. Dr. Rudolf Kittel in Leipzig (Leipzig, Wiegand 1914, Preis M. 2,90), durch das er für Theodor Fritsch bekanntlich Straffreiheit erwirkt hat, schreibt der Verfasser unter dem Titel: „Die Juden und der gegenwärtige Krieg" (entstanden im Oktober 1914):

„Mit der gesamten Nation sind auch die deutschen Juden schwer von dem betroffen, was uns alle heimgesucht hat. Daß sie sich nicht ausschließen wollen, sondern mit Freuden bereit sind, auch ihrerseits dasjenige auf dem Altar des Vaterlandes darzubringen, was Deutschland an Leistung und Opfern von jedem seiner Bürger heischt, haben sie sofort beim Beginn des Krieges durch einen Aufruf bewiesen, den ich glaube, meinen Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Schon um dessentwillen nicht, weil er von dem „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", dem Kläger in unserem Rechtsfalle, mitunterzeichnet ist. Er lautet:

An die deutschen Juden!

In schicksalsernster Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen.

Daß jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich.

Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle — Männer und Frauen — stellet Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes.

Berlin, den 1. August 1914.

Verband der deutschen Juden.
Centralverein deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens.

Dementsprechend sind denn auch die deutschen Juden in großer Zahl zu den Fahnen geeilt, und nicht wenige haben jetzt schon — besonders im Osten — zusammen mit den Söhnen unseres engeren Volkes für das Vaterland geblutet. Allerorten haben sich gleichzeitig jüdische Männer und Frauen an der Hilfsarbeit der Daheimgebliebenen beteiligt.

Der beste Beweis der inneren Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft ist die freiwillige Anteilnahme an ihren Leiden und Lasten. Indem die deutschen Juden freudig an den Lasten des gegenwärtigen Krieges teilnehmen, liefern sie jenen Beweis. Es werden, wenn die Zeiten der Ruhe wiederkehren, auch manche der Stimmen wieder erschallen, deren eine den Anlaß zu den vorangehenden Blättern geliefert hat. Aber wenn solche sich zum Worte melden, die den Juden — sei es auf Grund bloßen Vorurteils, sei es auf Grund wirklicher Unart einzelner unter ihnen, wie sie auch unter uns anderen vorkommen kann — aufs neue das Hausrecht unter uns abzusprechen gewillt sind, so werden die Juden für lange einen starken Rückhalt an dem Hinweis auf das gemeinsam mit den Unseren vergossene Blut der Ihren auf den Schlachtfeldern gegen Rußland und Frankreich haben.

Die inneren Kämpfe werden fortgehen; große, Jahrhunderte alte Fragen werden nicht an einem Tage gelöst. Auf der Seite der Juden werden Forderungen gestellt, auf der andern Seite vielleicht das eine geboten, das andere versagt werden. Auf der Seite der Nichtjuden oder mancher unter ihnen werden neue Wünsche und vielleicht Vorwürfe auftauchen. Das Leben müßte nicht das Leben sein, wenn es nicht so kommen sollte. Aber in alledem werden besonnene, billig denkende Nichtjuden, wird vor allem die Nation selbst in ihrer Masse nicht vergessen, was die Juden von dem Aufruf des 1. August an für das große Ganze des deutschen Vaterlandes mitgeleistet und mitgelitten haben."

9. Antisemitische Agitation unter den sibirischen Heimkehrern.

Wir berichteten in Nr. 23 der Mitteilungen über die Maßnahmen, die wir infolge der antisemitischen Agitation unter den sibirischen Heimkehrern eingeleitet haben. Auf unsere Eingabe an den Reichsminister für Kriegs- und Zivilgefangene ist uns der Bescheid zugegangen, die Reichszentrale habe Veranlassung genommen, auf Entfernung der antisemitischen Plakate zu dringen.

10. Oberkriegsgerichtsrat Oden.

In einer Verhandlung des Oberkriegsgerichts in Königsberg gegen einen Unterzahlmeister äußerte bei der Verlesung der eidlichen Aussage eines jüdischen Soldaten der Vorsitzende, Herr Oberkriegsgerichtsrat Oden, nach der Fesstellung der mosaischen Konfession dieses Zeugen: „Natürlich". Diese Aeusserung geschah

in höhnischem Ton, offenbar, um die Aussage des Zeugen herabzuwürdigen. Obwohl der Verteidiger den Vorsitzenden auf das Unpassende dieser zweifellos nur aus antisemitischen Gründen gemachten Bemerkung hinwies, hielt es der Herr nicht einmal für notwendig, sich zu entschuldigen. Der Verteidiger richtete darauf eine Beschwerde an den Reichswehrminister.

Darauf ist am 24. September 1920 folgende Antwort des Reichswehrministeriums eingegangen:

Auf Ihre an das Wehrkreiskommando I gerichtete Beschwerde vom 13. September 1920 über den Oberkriegsgerichtsrat O d e n wegen seines Verhaltens in der Verhandlung gegen den Unterzahlmeister G e l d n e r, gereicht Ihnen zum Bescheide, daß das Reichswehrministerium Ihrer Auffassung, der Verhandlungsführer habe sich in der öffentlichen Verhandlung jeder auf politische Parteinahme schließenden Meinungsäußerung zu enthalten, nur beipflichten kann.

Dies ist dem Oberkriegsgerichtsrat Oden unter dem Ausdruck der Mißbilligung seiner Aeußerung eröffnet worden.

I. A.
gez. von Feldmann.

11. Die unanständige, unsittliche Kleidertracht.

Der „B o n i f a t i u s b o t e", k a t h o l i s c h e s S o n n t a g s b l a t t z u r F u l d a e r Z e i t u n g, b r a c h t e i n s e i n e r N u m m e r 28 v o m 11. J u n i d. Js. einen Artikel „Die unanständige, unsittliche Kleidertracht", in dem es unter anderem heißt:

„Es hilft nichts, Worte zu machen und Klage zu führen über die wachsende Unsittlichkeit im Volke; nur die Tat, — die vorbildliche und die bessernde, — kann uns retten. Ein weites Feld kräftiger Betätigung steht der katholischen Frauenwelt offen, wenn sie sich endlich einmal durch die Tat aufraffen möchte, entschieden Stellung zu nehmen gegen die schamlose Kleidertracht. Auch hier herrscht das ungläubige, zersetzende Judentum. Die gelesensten Modenzeitungen werden von Juden herausgegeben und geleitet, und jüdische Modehäuser sind es, die den verrücktesten und die Sinnlichkeit aufstachelnden Kleidermoden — oben und unten zu kurz — zunächst in den glänzenden Schaufenstern und Ausstellungen, dann in ihren Werkstätten Eingang ins Volk verschaffen." —

Wir haben daraufhin unsere geschätzte Mitarbeiterin, Frau Paula Ollendorf-Breslau, veranlaßt, dem Herausgeber des „Bonifatiusboten" eine Aufklärung zu geben, welche Frau Ollendorf in folgende herzhafte Form gegossen hat:

Seiner Hochwürden
Herrn Pfarrer E. A t z e r t,
F u l d a.

Euer Hochwürden gestatte ich mir ergebenst, einige Zeilen als Antwort auf den Artikel „Die unanständige und unsittliche Kleidertracht" im Bonifatiusboten vom 11. v. M. mit der Bitte zu übersenden, dieselben in Ihrem Sonntagsblatt gefl. zu veröffentlichen:

Wenn immer für eine Schuld der Allgemeinheit einzelne Schuldige gesucht werden, waren es die Juden, die man zuerst verantwortlich machte. Und so ist es eigentlich nicht verwunderlich, daß auch an der gegenwärtigen schamlosen Kleidertracht das „zersetzende Judentum" die Schuld tragen soll. Daß solche Worte von einem Diener Gottes stammen oder gebilligt und veröffentlicht werden, ist um so schmerzlicher und befremdlicher, weil jeder, der die Bibel kennt, wissen muß, daß Reinheit und Keuschheit strenge Gebote der jüdischen Sittenlehre sind, und daß die Heiligkeit des Lebens das Ziel des Judentums ist. Schmerzlich ist es zudem, die Saat des Hasses ausstreuen zu sehen in einer Frage, die uns alle angeht und beschäftigt, und deren Lösung liebevolles Verständnis und nicht liebloses Vorurteil fordert.

Ihr Artikel klagt die Juden an, der Selbstentweihung der Frauenwürde durch die Verbreitung der Mode Vorschub zu leisten. Ein Blick in die Kulturgeschichte zeigt Ihnen, hochwürdiger Herr, daß jede Mode, auch ihre Auswüchse, von ihrer Zeit geboren wird, wie auch jede Kunst und ihre Auswüchse. Die Worte des heiligen Vaters an die katholischen Frauen Italiens, die Sie zitieren, bezeichnen ganz andere Faktoren wie Ihr Artikel als treibende Kräfte für die jetzige Kleidertracht, Faktoren die sich aus der Unwissenheit und Unbescheidenheit der Zeit ergeben. An dem Aergernis der italienischen Frauenmode sind die Juden, die in verschwindender Anzahl in Italien wohnen, ganz gewiß nicht schuldig, wenn wir auch sicherlich nicht geschmacklose Uebertreibungen modenärrischer jüdischer Frauen entschuldigen wollen, wo immer es solche gibt. Wir verurteilen wie Sie, hochwürdiger Herr, alle diese Mißstände und Uebertreibungen. Und wir bedauern es außerordentlich, daß die deutsche Kleidertracht sich nicht einmal durch die Jahre der Absperrung freigemacht hat von der den Zeitläufen zwar entsprechenden Mode, die indes, wie auch die gegenwärtige Kunst, sehr stark von Frankreich beeinflußt wird. Dieser Jahrhunderte alte Einfluß ist durch den Krieg nicht gebrochen worden — er bahnte sich den Weg durch die Schweiz, und dort fragte niemand, welcher Konfession die Aktionäre der führenden französischen Modefirmen Paquet und Worth und der Pariser Modeblätter sind, die, soviel ich weiß, fast alle Aktiengesellschaften sind.

Was hat das alles mit dem Glaubensbekenntnis zu tun, und warum, hochwürdiger Herr, tragen Sie antisemitische Aufreizungen in allgemein menschliche Dinge? Glücklicherweise erfahren wir das selten von katholischer Seite. Der verstorbene Zentrumsführer Groeber, ein warmherziger und gerechter Mann, hat den Antisemitismus immer bekämpft, nicht nur um der Juden willen, sondern weil er ihn für eine Gefahr für das Christentum und für unser deutsches Vaterland hielt, deren sittliche Grundlagen durch die Unsittlichkeit des Hasses und der Ungerechtigkeit bedroht scheinen. Und von andern ihrer Glaubensgenossen, die uns beistehen im Kampfe gegen Unwissenheit und Vorurteil, nenne ich Ihnen nur den Domvikar Lindemayer in Augsburg, der „in diesem Sinne als katholischer Priester arbeitet", wie er schreibt, und den Pfarrer Esenwein, M. d. L., in Stuttgart, dessen Worte ich hierher setze, der den Antisemitismus „eine Heuchelei" nennt, „als ob die den Juden zugeschobenen Sünden nicht in vollgerütteltem Maße auch unter Christen und rasseechten Ariern zu Hause und im Schwange wären".

Lassen Sie mich mit der Versicherung schließen, daß wir deutschen jüdischen Frauen, ebenso wie Sie es von den deutschen katholischen Frauen erwarten, willens sind, auch in der Bekämpfung der wachsenden Unsittlichkeit im Volke mitzuarbeiten, wie wir es immer getan haben, wenn es der Ehre, dem Ansehen und dem Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes galt.

Für die Zusendung der Schrift „Dein Kleid" (unter Nachnahme), das ich gern verbreiten helfe, wenn es dem vaterländischen Wohle dient, würde ich sehr dankbar sein.

Euer Hochwürden sehr ergebene
Frau Paula Ollendorff.
Mitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Vorstandsmitglied des Jüd. Frauenbundes.

12. **Pfarrer Hartmann.**

Das in Iserlohn erscheinende „Märkische Volksblatt", das Organ des Iserlohner Zentrums, eine Zeitung, die bisher nicht antisemitisch hervorgetreten ist, brachte Anfang September eine Notiz, nach der auf dem Stiftungsfest der U. S. P. D. in der Hobertsburg die Festrede ein Pfarrer Hartmann aus Iserlohn gehalten habe. Das Blatt bemerkt dazu: „Unseres Wissens gibt es in Iserlohn weder in der katholischen noch in der evangelischen Gemeinde einen Pfarrer namens Hartmann. Dagegen amtiert an der jüdischen Schule in der Kluse, ein Lehrer, der Hartmann heißt, und der die geistlichen Funktionen für die hiesige jüdische Gemeinde ausübt. Es kann sich also nur um diesen handeln. Da außerhalb Iserlohns leicht der Eindruck entstehen könnte, als ob hier ein Geistlicher der christlichen Bekenntnisse in Frage käme, sei dieser Sachverhalt hiermit festgestellt."

Herr Prediger Hartmann, der Leiter unserer Ortsgruppe in Iserlohn sandte sofort an sämtliche Zeitungen Iserlohns eine Richtigstellung, die auch abgedruckt wurde. Der im „Märkischen Volksblatt" erschienenen Berichtigung entnehmen wir folgendes:

„. . . Diese Feststellungen haben wir im Interesse der christlichen Konfessionen gemacht, und nicht etwa aus irgendwelcher Animosität gegen das Judentum, von der wir uns vollständig frei wissen. Herr Prediger Hartmann erklärt nun uns gegenüber, daß er erstens am Sonntag nicht von Iserlohn abwesend gewesen und zweitens, daß er nicht Mitglied der U. S. P. D. ist. Nach seiner Vermutung handele es sich um den evangelischen Pfarrer Hartmann in Gräfrath, der nach einem Bericht des Hohenlimburger „Gemeinnützigen" vom 1. September unabhängig-sozialistischer Pfarrer sei. Die Angabe im Dortmunder General-Anzeiger beruhe offenbar auf einem Druckfehler oder auf einem Irrtum, den zu berichtigen er veranlaßt habe. — Durch diese Feststellungen ist die Sache nun völlig geklärt. Ursache zu dieser höchst bedauerlichen Verwechslung war jedoch, was wir besonders betonen möchten, die Falschmeldung des Dortmunder Blattes."

13. **Volkskraftbund.**

In letzter Zeit bekommen wir wiederholt aus Berlin und anderswo Anfragen, ob der Volkskraftbund, welcher unter Leitung von Dr. Bruno Wille steht, der Unterstützung wert ist. Falls solche Gesuche an unsere Freunde herantreten, bitten wir, unter allen Umständen sich erst an uns, zwecks weiterer Auskunftserteilung, zu wenden. Wir haben wichtigste Informationen in Händen, die für die Beurteilung des Bundes unerläßlich sind.

14. **Freie jüdische Volkshochschule in Berlin.**

Es sei auch an dieser Stelle auf die in der „Freien jüdischen Volkshochsehule" in Berlin im Auftrage des Central-Vereins stattfindenden Vorlesungen des Herrn Dr. Kurt Alexander: „Der Antisemitismus, sein Wesen und seine Bekämpfung" hingewiesen. Die Vorlesung findet jeden Montag von $6\frac{1}{2}$—$7\frac{1}{2}$ Uhr im Logenhaus, Kleiststr. 10, statt. Für Freunde unserer Sache bietet diese Vorlesung reiches praktisches und wissenschaftliches Material über das für uns so wichtige Problem der Bekämpfung des Judenhasses.

15. **Kleine Mitteilungen.**

Gleichstellung der Juden in Litauen. Das Ministerkabinett in Litauen hat eine Resolution angenommen, nach der die »Ministerien in alle Stufen des Verwaltungsdienstes Bürger ohne Unterschied der Konfession einstellen dürfen«.

Antisemitische Ausschreitungen in Geestemünde. Am 20. September kam es in Geestemünde anläßlich eines Kirchenkonzertes, in dem das Bruchsche Kol Nidre gespielt werden sollte, zu antisemitischen Ausschreitungen. Die Geestemünder Presse, einschließlich des Organs der Deutschnationalen Volkspartei verurteilte die Vorgänge in ihren Berichten. Die Ortsgruppe des Central-Vereins hat gegen die Herabzerrung des Kol Nidregebetes öffentlich Stellung genommen.

Aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund. Die Ortsgruppe Bremen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes erhielt binnen eines Jahres 1400 Mitglieder. Mehrere andere Ortsgruppen, darunter Oldenburg, Osnabrück wurden von Bremen aus errichtet und weitere Neugründungen stehen bevor. In Bremen befindet sich die Gaugeschäftsstelle des Bundes für Nordwestdeutschland, dessen Gauleiter Al. Bythien ist.

Deutschnationale Judenreinigung. Auf dem Deutschnationalen Parteitag für Hinterpommern forderte nach einem Bericht des »Vorwärts« vom 15. 9. (Nr. 458) der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wulle die einheitliche Zusammenarbeit zwischen Deutschnationalen und Deutschvölkischen. Ein Antrag in diesem Sinne wurde angenommen. Ebenso wurde in der Judenfrage ein schärferes Vorgehen verlangt und beschlossen, daß kein Jude, Judenabkömmling und mit Juden Verwandter ein Parteiamt bekleiden dürfte.

Beschluß der Verbandstagung der Vereine deutscher Studenten. Der Anfang August in Kelbra am Kyffhäuser stattgefundene Verbandstag der Vereine Deutscher Studenten beschloß, in die Verbandssatzungen aufzunehmen: Der K.-V. als solcher und die V. V. D. St. als solche geben Juden und jüdischen Verbindungen keine Genugtuung mit der Waffe. Bezüglich der Stellung der einzelnen Bundesbrüder zu dieser Angelegenheit muß nach V.-T.-Beschluß Nr. 23, vom 1901 (der einzelne Verein kann mit 4/6—5/6 Mehrheit seine B.-R. Beschlüsse in der Genugtuungsfrage fassen) verfahren werden.«

Deutschvölkische Bewegung und Zionismus. Anläßlich eines Vortrages von Herrn Hall-Halfen in Königsberg erklärte ein Vertreter der deutschvölkischen Bewegung, der »Deutschvölkische Bund« entspräche in seinen Zielen und Anschauungen denjenigen der Zionisten, mit denen er und seine Gesinnungsgenossen sich voll einig erklären könnten.

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1919 der »Mitteilungen.« Vom ersten Jahrgang (1919) der »Mitteilungen des Syndikus« ist ein Inhaltsverzeichnis erschienen, welches auf Verlangen kostenlos zugesandt wird.

16. **Presseschau.**

In Nürnberg erscheint seit kurzer Zeit eine Wochenschrift »**Deutscher Sozialist, Werkblatt für die Belange der politisch-sozialistischen Bewegung**«. Es ist dies das Organ der bekannten »Deutsch-sozialistischen Partei«, deren wesentlichster Programmpunkt der Antisemitismus ist.

Eine Besprechung über **Geheimrat Königs Schrift »Das Obergutachten im Gotteslästerungsprozeß Fritsch«** findet sich in der Zeitschrift für den katholischen Klerus »**Theologie und Glauben**« 1920, Nr. 1, herausgegeben von den Professoren der Bischöflichen philosophisch-theologischen Fakultät in Paderborn.

Die in Prag erscheinende »**Národni Demokraci**« findet, daß sich bei einigen Prager Firmen wieder deutsche Texte zeigen und erklärt: »Wir warnen die Juden und Deutschen vor einer neuen Germanisierung Prags«. Das Prager Tagblatt vom 21. September übernimmt diese Notiz und bemerkt, diese Warnung sei jedermann verständlich, sie ist »bekanntlich das Ventil, das bei politischer Hochspannung von einer unverantwortlichen Journalistik bei uns geöffnet zu werden pflegt.«

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6